



**Offenheit:** Eine Ausstellung der Werke von Strassenkünstlern schmückt das Sitzungszimmer der Geschäftsleitung. GS Banque drückt damit aus, keine Berührungängste mit der Alltagswelt zu kennen.

# «Hoffentlich kein James-Bond-Konto mehr»

**Jan Langlo** Für den Direktor der Vereinigung Schweizerischer Privatbanken ist der fehlende Marktzutritt ein Problem. Von den USA erwartet er die korrekte Umsetzung der Standards.

INTERVIEW: JOHANNES J. SCHRANER

Wie würden Sie die internationale Reputation der Schweizer Privatbanken derzeit beschreiben?

**Jan Langlo:** Die ausländischen Medien schiessen nicht mehr auf den Schweizer Finanzplatz, loben ihn aber auch nicht. Die Schweiz hat in den letzten Jahren viele internationale Standards umgesetzt und mehrere Länderprüfungen bestanden.

**«Es ist wichtig, dass die Vorzüge des Finanzplatzes Schweiz besser bekannt gemacht werden.»**

Dies ist zwar im Bankenumfeld bekannt, jedoch nicht in der breiten Bevölkerung. Die Schweiz muss alles daran setzen, dies einem weiten Publikum klarer zu kommunizieren.

Was halten Sie von der Ankündigung des Vorstehers des Eidgenössischen Finanzdepartementes, die Reputation des Finanzplatzes generell mit einer internationalen Kommunikationsstrategie bis 2019 zu verbessern?

Wir sind mit diesem Vorhaben sehr zufrieden, da wir genau das seit langem fordern. Es ist wichtig, dass auf internationaler Ebene die Vorzüge des Finanzplatzes Schweiz besser bekannt gemacht werden. Unsere Konkurrenten machen es seit Jahren, via Organisationen wie The City UK, Lux For Finance und via offizielle Delegationen aus Hongkong und Singapur. Ich finde es gut, dass Präsenz Schweiz sich auch mit Finanz- und Steuerthemen beschäftigt. Hoffentlich wird der Böse im nächsten James-Bond-Film kein Konto in der Schweiz haben!

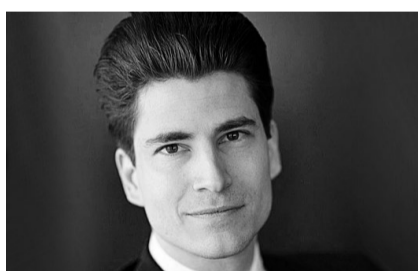
Was belastet die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Privatbanken am meisten?

Unsere grössten Hindernisse sind ein fehlender Marktzutritt, ein wenig attraktives steuerliches Umfeld und die Überregulierung, die aus der Finanzkrise entstanden ist. Es ist bemerkenswert, dass diese Krise in den USA entstanden ist und dass dieses Land auch auf neue Standards gedrängt hat, die es selbst nun flexibler anwendet. Letztlich sind wir als eine stark exportorientierte Branche auch vom starken Franken betroffen.

Das bilaterale Verhältnis zur EU ist eine politische Frage, die bis zum vollzogenen Austritt Grossbritanniens, sprich noch längere Zeit, nicht zu lösen sein wird. Wie wollen Sie den Marktzugang trotzdem erreichen und sichern?

Es stimmt, dass ein Finanzdienstleistungsabkommen mit der EU ein langfristiges Ziel ist, das vorangetrieben werden soll. Inzwischen können wir durch Äquivalenzverfahren den Marktzugang in Teilbereichen wie Fonds oder professionellen Kunden erreichen, aber die EU-Kommission entscheidet auch politisch. Für private Kunden versuchen wir bilaterale Abkommen mit ausgewählten EU-Ländern zu unterzeichnen, aber auch da ist der Brexit eine Bremse. Die Schweiz muss jede Gelegenheit nutzen, die sich ergibt. Auch mit Nicht-EU-Ländern, denen der automatische Informationsaustausch gewährt wird, muss ein besserer Marktzutritt angestrebt werden.

Neben dem Marktzugang und stabilen Beziehungen zur EU haben Sie im Ausblick 2017 eine rasche Umsetzung von Fidleg und Finig als zukunftsentscheidend bezeichnet. Warum ist es so wichtig, dass Fidleg und Finig zügig und damit erfolgreich verabschiedet werden?



## Der Steueranwalt

**Name:** Jan Langlo  
**Funktion:** Direktor der Vereinigung Schweizerischer Privatbanken (VSPB)  
**Geboren:** 1976  
**Karrierestationen:** Rechts- und Steuerberater bei Pictet, Anwaltskanzleien Lenz & Staehelin und Oberson & Associés  
**Ausbildung:** Anwalt und diplomierter Steuerexperte

**Der Verband** Aufgabe der VSPB in Genf ist die Pflege und Wahrung der Interessen der auf Vermögensverwaltung spezialisierten Schweizer Banken in privater Hand. Der Verband hat zehn Mitgliederbanken mit weltweit 7800 Angestellten, davon 5200 in der Schweiz. Sie betreuen Vermögen von 700 Milliarden Franken oder einen Zehntel der in der Schweiz verwalteten Vermögen.

Diese beiden Gesetze werden Rechtssicherheit gewährleisten. Sie sind auch nötig, um gleich lange Spiesse für alle Marktteilnehmer sicherzustellen; das bedeutet, dass sie alle den gleichen Kundenschutz einhalten werden. Letztlich sind diese Gesetze ein Türöffner für den Marktzugang in der EU, selbst wenn sie alleine dafür nicht ausreichen. Es wäre gut, wenn sie 2019 in Kraft treten könnten, sodass wir bereit sind, sofort nach dem Brexit neue Beziehungen mit der EU und dem Vereinigten Königreich zu verhandeln.

Wie wichtig ist Asien für die Zukunft des Swiss Private Banking?

Derzeit wächst das private Vermögen vor allem in Asien. Deshalb legen alle Banken den Fokus auf die Kunden dieser Gegend. Im Gegensatz zu anderen Marktteilnehmern entwickeln sich unsere Mitglieder mit Erfolg in Asien. Aber dies geschieht durch lokale Tochtergesellschaften oder Partnerschaften und leider nicht aus der Schweiz heraus.

Neben der EU sind die USA nach wie vor der wichtigste Treiber für neue internationale Standards und Vorschriften. Wird die Trump-Administration den Finanzplatz Schweiz noch stärker unter regulatorischen Druck setzen als bisher?

Präsident Trump versucht, in den USA die Finanzregulierung zurückzufahren. Ob es ihm gelingt, bleibt offen. Es gibt jedoch schon einen allgemeinen Tenor in Europa, weniger zu regulieren. Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht konnte sich auch nicht auf eine engere Regulierung der Eigenmittel einigen. Das Pendel ist wahrscheinlich zu weit ausgeschlagen und unnötige Kontrollen müssen durch mehr individuelle Verantwortlichkeit ersetzt werden. Wichtig ist, dass die USA die internationalen Standards wie die

anderen internationalen Finanzzentren umsetzen.

Seit Jahresbeginn sammeln Schweizer Banken Steuerdaten für 38 Länder. Weitere 41 Länder sollen dazukommen. Wie stellen Sie sicher, dass sämtlicher Datenaustausch – auch mit den USA – auf Gegenseitigkeit basiert?

Der Bundesrat hat selber erwähnt, dass ein Austausch mit einem Land nicht gegenseitig sein wird, wenn dieses Land die Garantien für die Vertraulichkeit der Daten und deren Benutzung nur für Steuerzwecke verletzt. Betreffend die USA ist

**«Kontrollen müssen durch mehr individuelle Verantwortlichkeit ersetzt werden.»**

das Wichtigste, dass sie den OECD-Standard statt ihr Fatca-Gesetz anwenden, sodass es keine Lücke im globalen Standard gibt.

Nächsten Frühling wird über die Matter-Initiative zur Verankerung des Bankgeheimnisses in der Verfassung abgestimmt. Wie lautet Ihre Abstimmungsempfehlung?

Das Bankgeheimnis gehört dem Kunden, nicht den Banken. Somit verdient es diese Vorlage, dass die Schweizer Bürger sich dazu äussern, ob die Erfüllung ihrer Steuerpflicht weiterhin mittels einer Steuer gesichert werden soll oder ob die Banken steuerrelevante Informationen an den Fiskus melden können sollen. Unsere Mitglieder können mit beiden Wegen leben. Sie stufen die philosophische Frage des Vertrauensverhältnisses zwischen Staat und Bürgern höher ein als operative Kostenoptimierungen.